

Rechtsinformationsdienst

Anwaltspraxis & Notariat



Erxleben†, Landgraf,
Michalski, Ohaus, Lindemann



Niedersachsenstr. 15 a, 49074 Osnabrück
Telefon: 0541 / 35791-0 - Telefax: 0541 / 3579128

Ausgabe: gewerbliche Mandanten

Juli 2018

Wirtschaftsrecht

Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters auch bei Vertragsbeendigung in der Probezeit

Nach § 89b HGB kann ein Handelsvertreter vom Unternehmer nach Beendigung des Vertragsverhältnisses einen angemessenen Ausgleich verlangen, wenn und soweit der Unternehmer aus der Geschäftsverbindung mit neuen Kunden, die der Handelsvertreter geworben hat, auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses erhebliche Vorteile hat. Der Anspruch kann im Voraus nicht ausgeschlossen werden.

Hierzu hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass Handelsvertretern die vorgesehenen Ausgleichs- und Schadensersatzansprüche auch dann zustehen, wenn der Handelsvertretervertrag während der Probezeit beendet wird.

Urteil des EuGH vom 19.04.2018
C-645/16
BB 2018, 1037

"Containersignatur" seit dem 1.1.2018 unzulässig

Mithilfe einer sogenannten Containersignatur können mehrere Dateien gesammelt elektronisch unterzeichnet, also mit einer qualifizierten elektronischen Signatur (qeS) versehen werden.

Das Bundessozialgericht weist darauf hin, dass die Containersignatur bereits seit dem 1.1.2018 im elektronischen Rechtsverkehr unzulässig ist. Die Rechtsänderung durch die Verordnung zum Elektronischen Rechtsverkehr (ERVV) wurde in der Praxis bisher nicht hinreichend wahrgenommen. Sie kann leicht zum Versäumen von Fristen führen, wenn sie weiterhin bei Schriftsätzen an Gerichte und Behörden verwendet wird.

Beschluss des BSG vom 09.05.2018
B 12 KR 26/18
BSG online

Kein Mitverschulden des Kunden bei Sturz in geöffnete Bodenluke in Bekleidungsgeschäft

Eine Kundin stürzte in einem Modehaus beim Gang zur Kasse in einen offenstehenden Schacht im Boden mit den Maßen 2,11 m x 0,8 m, der in den darunter gelegenen Bügelkeller führte. Weil sie zur Seite sah, wo sich eine Verkäuferin mit dem Geschäftsinhaber unterhielt, hatte die Kundin die offene Luke übersehen. Bei dem Sturz in den Schacht erlitt sie diverse Verletzungen an Schulter, Oberarm, Sprunggelenk und Fuß, unter anderem eine Oberarmfraktur und eine Fraktur des Innenknöchels.

Das mit dem Fall befasste Oberlandesgericht Hamm ging davon aus, dass eine im Kundenbereich eines Bekleidungsgeschäfts geöffnete Fußbodenluke eine überraschende Gefahrenquelle darstellt, auf die sich ein Kunde nicht einstellen muss. Ihm steht daher mangels Mitverschulden für die durch den Sturz in den Schacht erlittenen Verletzungen ein 100-prozentiger Schadensersatz zu.

Urteil des OLG Hamm vom 19.01.2018
9 U 86/17
JURIS online

Liquidator einer GmbH haftet persönlich für unbefriedigt gebliebene Forderung

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs ist der Liquidator einer GmbH, der bei der Verteilung des Gesellschaftsvermögens an die Gesellschafter eine Verbindlichkeit der Gesellschaft gegenüber einem Gläubiger (versehentlich) nicht berücksichtigt hat, dem Gläubiger persönlich zum Ersatz bis zur Höhe der verteilten Beträge verpflichtet, wenn die Gesellschaft bereits im Handelsregister gelöscht ist.

Urteil des BGH vom 13.03.2018
II ZR 158/16
DB 2018, 1073

Unzulässige Rufausbeutung durch Nachahmung einer Produktausstattung

In der Nachahmung einer bekannten Produktausstattung (hier: schwarz-gelbe Tube für Klebstoff) kann nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt eine unlautere Rufausbeutung im Sinne von § 4 Nr. 3b UWG auch dann liegen, wenn sich die Bezeichnung auf dem Nachahmungsprodukt von derjenigen des nachgeahmten Produkts unterscheidet.

In dem konkreten Fall bestand für das Gericht kein Zweifel, dass die äußeren Merkmale der Produktverpackung des "UHU der Alleskleber" geeignet sind, auf die betriebliche Herkunft und auf die Besonderheiten des Produkts hinzuweisen. Der Gesamteindruck der Klebstofftube wird maßgeblich geprägt durch die Tubenform, die gelbe Grundfarbe, die schwarze Aufschrift sowie die schwarze Drehverschlusskappe. Werden diese prägenden Merkmale in sehr ähnlicher Form bei dem Nachahmungsprodukt übernommen, kann dem Hersteller (hier mit Sitz in Malaysia) die Präsentation des Produkts auf einer in Deutschland stattfindenden Fachmesse per einstweilige Verfügung untersagt werden.

Beschluss des OLG Frankfurt vom 28.02.2018
6 W 14/18 - WRP 2018, 735

HP als Unionsmarke eintragungsfähig

Nach Auffassung des Europäischen Gerichts (EuG) kann die Eintragung als Unionsmarke nicht zwingend mit der Begründung abgelehnt werden, dass eine Marke, die sich aus zwei Buchstaben (hier H und P) zusammensetzt, rein beschreibend ist, weil Zeichen mit zwei Buchstaben häufig dazu verwendet würden, die fraglichen Waren und Dienstleistungen aus dem Technikbereich zu beschreiben.

Urteile des EuG vom 24.04.2018
T-207/17, T-208/17 - Pressemitteilung des EuGH

Irreführende Werbung mit dem Begriff "patent pending"

Eine Produktwerbung mit dem Hinweis auf einen tatsächlich nicht bestehenden Patentschutz ist irreführend und damit wettbewerbswidrig. Nach Einschätzung des Oberlandesgerichts München gehen die angesprochenen Verbraucher bei einer Werbung mit dem Begriff "patent pending" (Patent angemeldet) davon aus, dass für das mit dem Hinweis versehene Produkt ein "anhängiges Patent" im Sinne eines erteilten Patents existiert.

Urteil des OLG München vom 01.06.2017
6 U 3973/16
jurisPR-WettbR 1/2018 Anm2

Mobilfunkvertrag: Unzulässig pauschalierter Rücklastschriftschaden

Für das Oberlandesgericht Schleswig dürfen in einen pauschalen Schadensersatzbetrag für eine Rücklastschrift Personalkosten, IT-Kosten und Refinanzierungskosten nicht in Rechnung gestellt werden. Diese Kostenpositionen sind nicht als erstattungsfähiger Schaden anzusehen.

Eine in den Allgemeinen Vertragsbedingungen eines Telekommunikationsunternehmens enthaltene Schadenspauschalierung für eine Rücklastschrift "i.H.v. 7,45 Euro oder höher" ist gegenüber Verbrauchern unzulässig. Die Verwendung der Klausel stellt einen Wettbewerbsverstoß dar.

Ein Verstoß gegen einen entsprechenden Unterlassungstitel liegt bereits dann vor, wenn der nunmehr in einer Rechnung geltend gemachte Schadensersatzbetrag eine einzelne pauschalierte Schadensposition enthält.

Beschluss des OLG Schleswig vom 03.11.2017
16 W 135/17 - jurisPR-WettbR 5/2018 Anm. 4

Wichtiges BGH-Urteil zum "kleinen Schadensersatz"

Will der Bauherr ein mangelhaftes Werk (hier Naturstein-, Fliesen- und Abdichtungsarbeiten) trotz eines Mangels behalten und beabsichtigt er nicht, den Mangel zu beseitigen, kann er von dem Werkunternehmer Schadensersatz im Hinblick auf den Mangel verlangen. Bislang konnte nach der Rechtsprechung ein solcher Schaden auch in Form einer fiktiven Schadensberechnung, z.B. durch ein Sachverständigengutachten, geltend gemacht werden. Diese Rechtsprechung hat der Bundesgerichtshof (BGH) nun für die Werkverträge aufgegeben, die nach dem Inkrafttreten des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes am 1.1.2002 abgeschlossen wurden. Der Besteller, der das Werk behält und den Mangel nicht beseitigen lässt, kann im Rahmen eines Schadensersatzanspruchs statt der Leistung (kleiner

Schadensersatz) gemäß § 634 Nr. 4 BGB seinen Schaden nicht nach den fiktiven Mängelbeseitigungskosten bemessen.

Hinweis:

Ein entsprechender Klageantrag kann laut Bundesgerichtshof jedoch in einen Anspruch auf Zahlung eines Vorschusses auf die Mängelbeseitigungskosten gemäß den §§ 634 Nr. 2, 637 BGB abgeändert werden. Mit der Vorschusszahlung kann der Besteller den Schaden dann beseitigen lassen.

Urteil des BGH vom 22.02.2018
VII ZR 46/17
NZBau 2018, 201

Schadensersatz nach rechtswidriger Versetzung eines Arbeitnehmers

Erweist sich die Versetzung eines Arbeitnehmers nach gerichtlicher Überprüfung als rechtswidrig, hat der Arbeitgeber dem Mitarbeiter den dadurch entstandenen Schaden zu ersetzen. Das Landesarbeitsgericht Hessen verurteilte den wegen der ungerechtfertigten Versetzung schadensersatzpflichtigen Arbeitgeber, dem Mitarbeiter die Kosten für die Zweitwohnung, einen Teil der Heimfahrten sowie ein Tagegeld zu bezahlen.

Urteil des LAG Hessen vom 10.11.2017
10 Sa 964/17
ArbR 2018, 290

Arbeitsunfall eines Landwirts durch Wühlmaus-Selbstschussgerät

Erleidet ein Landwirt beim Aufstellen einer Wühlmausfalle in Form eines Wühlmaus-Selbstschussgerätes durch einen versehentlich ausgelösten Schuss ein sogenanntes Knalltrauma, muss der gesetzliche Unfallversicherungsträger für die entstandenen Behandlungskosten aufkommen.

Urteil des SG Münster vom 05.04.2018
S 3 U 11/16
JURIS online

Kündigung wegen Verurteilung des Arbeitnehmers zu einer Freiheitsstrafe

Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur haftbedingten Arbeitsverhinderung als personenbe-

dingter Kündigungsgrund liegt ein solcher für eine ordentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses grundsätzlich zumindest dann vor, wenn der Arbeitnehmer im Kündigungszeitpunkt noch eine Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren zu verbüßen hat und eine vorherige Entlassung nicht sicher zu erwarten steht.

In dem vom Hessischen Landesarbeitsgericht entschiedenen Fall war ein junger Mitarbeiter eines Bäckereibetriebs wegen Beteiligung an einem versuchten Raubüberfall rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt worden. Da nicht sicher feststand, ob er die Strafe vollständig verbüßen oder etwa vorzeitig in den offenen Vollzug wechseln würde, hielt das Gericht die vom Arbeitgeber ausgesprochene Kündigung für rechtmäßig.

Urteil des Hessischen LAG vom 21.11.2017
8 Sa 146/17 - AA 2018, 55

Lohnanspruch bei Erkrankung während des Arbeitstages

Verlässt ein Arbeitnehmer während eines Arbeitstages krankheitsbedingt seinen Arbeitsplatz, steht ihm nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Köln für den gesamten Arbeitstag die Vergütung gemäß § 611 BGB und keine Entgeltfortzahlung gemäß § 3 Abs. 1 EFZG (Entgeltfortzahlungsgesetz) zu.

Urteil des LAG Köln vom 12.01.2018
Sa 290/17
AA 2018, 57

Insolvenzrecht

Keine Fortsetzung einer GmbH nach rechtskräftiger Ablehnung der Insolvenzeröffnung

Das Oberlandesgericht Frankfurt hält die Fortsetzung einer nach einer rechtskräftigen Ablehnung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach § 60 Abs. 1 Nr. 5 GmbHG mangels Masse aufgelösten GmbH auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses nicht für zulässig.

Beschluss des OLG Frankfurt vom 27.07.2017
20 W 112/14
jurisPR-InsR 11/2018 Anm. 3

Kein Verwertungsrecht des Insolvenzverwalters an Leasinggegenstand

Der Insolvenzverwalter darf eine bewegliche Sache nicht verwerten, wenn der Insolvenzschuldner an dieser nur mittelbaren Besitz hat und er den unmittelbaren Besitz vertraglich auf Dauer einem Dritten überlassen hat.

Der vom Bundesgerichtshof entschiedene Fall betraf eine insolvente Leasinggesellschaft, die ihrem Kunden ein Fahrzeug im Wege des Finanzierungsleasings überlassen hatte. Bei dieser Vertragsart scheidet ein Verwertungsrecht des Insolvenzverwalters aus, wenn der Insolvenzschuldner die Sache dem Leasingnehmer für eine feste, nicht ordentlich kündbare Grundlaufzeit überlassen hat und bei deren Ablauf eine Vollamortisation erlangt wird, weil der Leasingnehmer aufgrund der vertraglichen Regelungen zum Beispiel durch eine Abschlusszahlung, eine Restwertgarantie, eine Kaufoption oder ein Andienungsrecht insgesamt einen Betrag zu zahlen hat, der das vom Schuldner für die Anschaffung der Sache eingesetzte Kapital zuzüglich Verzinsung und Gewinn erreicht oder übersteigt.

Urteil des BGH vom 11.01.2018
IX ZR 295/16
ZInsO 2018, 874

Onlinerecht

Zueigenmachen von Äußerungen durch Bewertungsportal

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs haftet der Betreiber eines Klinik-Bewertungsportals für einen Bewertungsbeitrag, wenn er die inhaltliche Verantwortung für die von der betroffenen Klinik beanstandeten Äußerungen übernimmt. Dies ist gegeben, wenn der Portalbetreiber die Äußerungen des Patienten inhaltlich überprüft und auf sie Einfluss genommen hat.

Für das Oberlandesgericht Dresden liegt ein solches Zueigenmachen vor, wenn der Betreiber eines Bewertungsportals die Bewertung eines Nutzers auf Rüge des Betroffenen prüft und diesem sodann mitteilt, "strittige Tatsachenbehauptungen" habe er entfernt, sodass die Bewertung nunmehr den Nutzungsrichtlinien des Portals entspreche.

Urteil des OLG Dresden vom 06.03.2018
4 U 1403/17
WRP 2018, 589

Kein Wertersatzanspruch bei fehlerhafter Widerrufsbelehrung

Nach § 357 Abs. 7 BGB hat der Verbraucher bei einem Fernabsatzgeschäft Ersatz für einen Wertverlust der Ware zu leisten, wenn die Wertminderung auf einen Umgang mit den Waren zurückzuführen ist, der zur Prüfung der Beschaffenheit, der Eigenschaften und der Funktionsweise der Waren nicht notwendig war.

Das Amtsgericht Dülmen weist darauf hin, dass der Wertersatzanspruch aus § 357 Abs. 7 BGB stets eine

ordnungsgemäße und fehlerfreie Widerrufsbelehrung voraussetzt.

Urteil des AG Dülmen vom 13.03.2018
3 C 282/17 - JurPC Web-Dok. 76/2018

Gericht beanstandet unzureichende Produktangaben bei Amazon

Das Landgericht München hat den Betreiber der Internetplattform Amazon verurteilt, es zu unterlassen, im Onlineshop Sonnenschirme und/oder Bekleidungsstücke anzubieten, ohne auf der Bestellabschlussseite, d.h. auf der Seite, auf der der Verbraucher sein Angebot zum Abschluss des Kaufvertrags durch Anklicken des Bestellbuttons abgeben kann, die wesentlichen Merkmale der zu bestellenden Ware anzugeben.

Die klagende Wettbewerbszentrale hatte in einem Fall beanstandet, dass bei dem zum Kauf angebotenen Sonnenschirm außer der Abbildung eines Produktfotos nur folgende Produktangaben: "Sonnenschirm Rhodos, natur ca. 300 x 300 cm, 8-teilig, quadratisch, EUR 328,99" gemacht wurden. Ein Link auf die Produktseite war nicht vorhanden. Im zweiten Fall hatte sich Amazon auf der Bestellabschlussseite auf die Angabe des Namens und der Farbe des angebotenen Kleides beschränkt.

Urteil des LG München I vom 04.04.2018
33 O 9318/17
ZVertriebsR 2018, 161

Steuerrecht

Kein Steuervorteil für "Lehrarzt"

Bildet ein Arzt in seiner Praxis Medizinstudenten im Praktischen Jahr aus, ist die von der Universität gezahlte Vergütung für eine Tätigkeit als sogenannter "Lehrarzt" nicht nach § 3 Nr. 26 EStG steuerfrei, wenn es an einer klaren Trennung der "hauptberuflichen" Tätigkeit als Arzt und der "nebenberuflichen" Tätigkeit als "Lehrarzt" fehlt. In der Regel können in derartigen Fällen

Hauptberuf und Lehre nicht voneinander getrennt werden. Die Steuerfreiheit besteht daher nur bei einer nebenberuflichen Ausbildung.

Urteil des Schleswig-Holsteinischen FG vom 07.03.2018
2 K 174/17
Wirtschaftswoche Heft 18/2018, Seite 85

Mietrecht

Einhaltung der Schriftform trotz formelhafter Bezugnahme auf Nachtragsvereinbarung

Mietverträge über eine längere Zeit als ein Jahr bedürfen der Schriftform. Ist diese nicht gewahrt, gilt der Vertrag als auf unbestimmte Zeit geschlossen (§ 550 BGB).

Das Kammergericht hält die Schriftform für einen Gewerbemietvertrag auch dann für gewahrt, wenn mehrere Jahre nach Vertragsschluss eine schriftliche Nachtragsvereinbarung getroffen wurde, die neben einigen Ver-

tragsänderungen "auf die Regelungen des Vertrags und seiner Ergänzungen" verweist. Solch eine formelhafte Bezugnahme verstößt nach Auffassung des Gerichts nicht gegen das Schriftformerfordernis.

Beschluss des KG Berlin vom 09.11.2017
8 U 105/17
MietRB 2018, 138